

vfew synergie

Liebe Leserinnen und Leser,



am 14. März wird ein neuer Landtag gewählt. Auch wenn die Energie- und Klimapolitik derzeit durch die Corona-Krise weniger im Fokus steht, so ist es für uns in der Energie- und Wasserwirtschaft von zentraler Bedeutung, wie die Politik in den nächsten Jahren den Rahmen, in dem wir uns bewegen können, gestaltet. Unsere Themen werden sicher wieder an Bedeutung gewinnen, das hat der gerade noch abgewendete Blackout Anfang Januar gezeigt. Die vergangenen fünf Jahre waren, neben der

Pandemie, sehr stark von öffentlichen Debatten zum Klimaschutz geprägt. Ein Projekt, das für uns zur Leitlinie unserer Arbeit geworden ist und das wir engagiert voranbringen wollen. Wichtig ist, dass wir von der Politik in unserem Engagement bestärkt werden. Das Maß an Bürokratisierung und Regulierung, dem wir ausgesetzt sind, bindet viele Kräfte, die besser in die Umsetzung der Energiewende eingebracht würden. Auch Diskussionen, wie wir sie jüngst zum Beispiel bei der Gasinfrastruktur erleben, sind schädlich für die notwendige Investitionsbereitschaft. Wir wollen und müssen die Energiewende weiter vorantrei-

ben. Die Politik muss dafür den Raum geben, in dem die Unternehmen im Wettbewerb mit neuen Ideen und neuen Geschäftsmodellen den optimalen Weg zur Umsetzung der Energiewende finden und ausbauen können.

Bleiben Sie weiterhin gesund!

Ihr

Klaus Saiger,
Präsident des VfEW

Landtagswahl 2021

Das wollen die Parteien für die Energie- und Wasserwirtschaft erreichen



Die Zukunftsthemen fest im Blick

Seit Langem ist die tagesaktuelle politische Diskussion von der Corona-Pandemie bestimmt. In Baden-Württemberg stehen nun die Landtagswahlen vor der Türe und die Themen ändern sich augenscheinlich kaum. Doch ein genauere Blick in die Wahlprogramme der Parteien zeigt: Sie haben sich – entgegen der allgemeinen Wahrnehmung – mit den wichtigen Zukunftsthemen für unser Land beschäftigt. Bei den Fragen an Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien – allesamt Mitglieder im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – haben wir den Fokus verstärkt auf unsere Anliegen gelegt. Die Antworten sind spannend und jenseits der Parteiprogramme auch von den persönlichen Einschätzungen der Experten geprägt.

Baden-Württemberg steigt neben der Kernenergie auch aus der Kohleverstromung aus. Wie soll die sichere Stromversorgung in Zukunft gewährleistet werden?

Jutta Niemann (Grüne): Für eine verlässliche Strominfrastruktur bei einem Großteil fluktuierender, dezentraler Anlagen müssen Übertragungs- und Verteilnetze sowie Flexibilitätsoptionen, wie verschiedene Speichertechnologien, ausgebaut werden. Für die Integration volatiler Energieerzeuger und neuer Sektorkopplungstechnologien ist die Digitalisierung der Energiewirtschaft unerlässlich.

Raimund Haser (CDU): Wir werden Stromimportland bleiben und der Anteil des importierten Stroms wird massiv steigen. Deshalb brauchen wir nicht nur den Ausbau des Stromnetzes von Nord nach Süd, sondern auch anderweitig verlässliche Trassen. SuedLink und Ultratnet werden den Windstrom aus dem Norden zuverlässig nach Baden-Württemberg bringen. Unser Anspruch muss es sein, den bis 2038 wegfallenden Kohlestrom mit erneuerbaren Energien zu kompensieren und redundante Anlagen auch im Land zu errichten. Mit Blick auf die Versorgungssicherheit bleiben Wasserkraft und Biogas für uns in Baden-Württemberg unverzichtbar. Beide liefern den notwendigen Ausgleich zur Stromerzeugung aus Sonne und Wind.

Dr. Bernd Grimmer (AfD): Das ist die Frage, die man sich hätte stellen müssen, bevor man ein funktionierendes Stromversorgungssystem destruierte. „Erneuerbare Energien“ werden nie die Stromversorgung einer Industrienation übernehmen können. Sie sind volatil und damit nicht grundlastfähig. Sie werden – in Ermangelung hinreichender Energiespeicher – stets auf konventionelle Kraftwerke angewiesen sein.

»Für eine verlässliche Strominfrastruktur müssen Übertragungs- und Verteilnetze ausgebaut werden.«

Jutta Niemann,
Energiepolitische Sprecherin
der Grünen



Foto: Lena Lux



Gernot Gruber (SPD): Mehr regenerative Energie, mehr Energieeinsparung durch Sparen und technologischen Effizienzgewinn. Als Brückentechnologie werden wir auch moderne Gaskraftwerke brauchen.

Daniel Karrais MdL (FDP): Wir müssen die Stromnetze ausbauen und intelligenter machen, überschüssige Energie speichern und hocheffiziente, schnell reaktionsfähige Gaskraftwerke einsetzen. Sämtliche gesellschaftlich akzeptierten Technologien und Energieträger müssen die Chance bekommen, sich marktwirtschaftlich zu behaupten. Die Energieversorgung müssen wir gesamteuropäisch sichern.

Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Energieversorgung in Baden-Württemberg nimmt stetig zu. Sind wir auf einem guten Weg oder müssen wir die Dynamik erhöhen und wenn ja, in welchen Bereichen?

Niemann (Grüne): Der Ausbau ist deutlich vorangekommen, muss aber noch beschleunigt werden. Von der Bundesebene benötigen wir endlich die richtigen Rahmenbedingungen. Im Land müssen wir regionale Ausbauziele gesetzlich fest-schreiben. Darüber hinaus wollen wir Grünen die Photovoltaikpflicht ausdehnen; Windkraft auf allen geeigneten Flächen des Landes, insbesondere im Staatsforst; und deutlich mehr Freiflächen-Photovoltaik (**Floating-** und **Agri-Photovoltaik**).

Haser (CDU): Baden-Württemberg ist Sonnenland. Die CDU will mit einer landesweiten Kampagne einen jährlichen Photovoltaikzubau von 1.000 Megawatt erreichen. Das Potential für Photovoltaikanlagen ist groß, wenn man an Dachflächen und Straßenrandstreifen denkt. Neue Chancen bieten Agro-Photovoltaikanlagen, für die das novellierte EEG ab 2022 eigene Ausschreibungen ermöglicht. Das Repowering bestehender Windkraftanlagen und ein verantwortungsvoller Ausbau der Windenergie bietet ebenfalls Entwicklungschancen. Wir müssen die Diskussionen in eine allein strombasierte Mobilitäts- und Wärme-wende stoppen – wasserstoffbasierte E-Fuels, Geothermie und regenerativ betriebene Fernnetze sind in diesen Bereichen weitaus sinnvoller, als das alleinige Setzen auf strombasierte Energie.

Grimmer (AfD): Man ignoriert den Unterschied zwischen „installierter Leistung“ und „gesicherter Leistung“. Wenn kein Wind weht, ist der Stromertrag immer gleich Null, auch wenn man das Land mit Windenergieanlagen zupflastert. Daher werden Windkraft- und Solaranlagen in der Energiewirtschaft mit wenig mehr als null Prozent Leistungskredit veranschlagt. Je mehr Windräder man installiert, desto größer die Gefahr für die Netzstabilität. Dasselbe gilt für die Photovoltaik.

Gruber (SPD): Wir müssen die Dynamik erhöhen – insbesondere bei Sonne (Dachpotentiale nutzen auf Gewerbe- und Privatdächern und Parkplätzen und bei geeigneten Freiflächen), bei Windenergie und Biomasseverwertung.

Karrais (FDP): Der weitere Zubau erneuerbarer Energien muss nachfragegetrieben erfolgen, wir wollen einen echten Wettbewerb emissionsarmer Energieträger. Die einseitige Fokussierung auf die Windkraft muss beendet werden.

Beim Ausbau der Windenergie und Wasserkraft bestehen immer wieder Spannungen zwischen den Belangen des Artenschutzes und der nachhaltigen und klimafreundlichen Energieversorgung. Wie würden Sie diese auflösen?

Niemann (Grüne): Beide Belange sind elementar, deshalb muss der Artenschutz mit den Anforderungen an die Anlagen in Einklang gebracht werden. In Baden-Württemberg gibt es gute Konzepte, um Konflikte zu reduzieren. Ein Beispiel sind Dichtezentren für Rotmilane, deren

»Die CDU will mit einer landesweiten Kampagne einen jährlichen Photovoltaikzubau von 1.000 Megawatt erreichen.«

Raimund Haser,
Sprecher für Naturschutz
der CDU



CDU

Schwellenwert dank einer positiven Bestandsentwicklung angehoben wurde.

Haser (CDU): Genehmigungsverfahren für neue Windkraftanlagen dauern inzwischen mehrere Jahre. Eine Ursache sind sich widersprechende Natur- und Artenschutzgutachten und umfangreiche Umweltauflagen. Durch die Schaffung eines Klimabelangs als Abwägungstatbestand im Natur- und Umweltrecht wollen wir einen verantwortungsvollen Ausbau der Windkraft ermöglichen. Wir kämpfen auch für eine „Schwarz-Weiß-Planung“ der Regionalverbände sowie maßvolle Vorgaben für die Kleine Wasserkraft.

Grimmer (AfD): Seitdem die Naturschützer zu Klimaschützern mutiert sind, kämpft die AfD an vorderster Front für die Interessen der Natur, z. B. gegen Windräder im Wald. Angesichts übermächtiger gegnerischer Interessen präferieren wir eindeutig die Belange des Natur- und Artenschutzes. Wir stehen für eine intelligente, die Landschaft schonende Energiepolitik und verfolgen mit großem Interesse die Fortschritte der Kernenergieforschung („Generation IV“).

Gruber (SPD): Durch eine Bündelung der Aufgaben des Interessenausgleichs in einer Hand, um zu einer deutlichen Verkürzung der Genehmigungsverfahren zu kommen.

Karrais (FDP): Die Nutzung der Wasserkraft ist jeweils standörtlich individuell zu beurteilen. Dies wird den Herausforderungen für den Gewässer- und Naturschutz gerecht. wollen im Landesplanungsgesetz wieder zur regionalplanerischen Festsetzung von Windenergie-Ausschlussgebieten zurückkehren, wie sie bis 2012 vorgesehen war. Der aus dem Jahr 2002 stammende Landesentwicklungsplan (LEP) braucht auch energiepolitisch ein Update. Wir wollen darin Windenergie-Ausschlusskriterien festlegen, um beispielsweise UNESCO-Biosphärengebiete, besonders sensible Waldökosysteme oder touristisch wertvolle Landschaftsbilder zu schützen.

Nach den deutschen und europäischen Klimazielen ist eine Wärmeversorgung auf Basis fossiler Energieträger langfristig nicht mehr möglich. Welche sind Ihre Modelle für die Wärmeversorgung der Zukunft und wie schaffen wir diese Transformation?

Niemann (Grüne): Für eine klimaneutrale Wärmeversorgung muss der Gebäudebestand saniert werden und der verbleibende Verbrauch mit effizienten, klimaneutralen Energiequellen, also vor allem über Wärmepumpen oder Wärmenetze, gedeckt werden. Unabdingbar sind Änderungen auf Bundesebene, z.B. ein angemessener CO₂-Preis. Auf Landesebene bringen wir die Wärmewende u. a. mit der kommunalen Wärmeplanung, dem Abwärmekonzept, der Förderung klimaneutraler Wärmenetze und Sanierungen sowie der Novellierung des EWärmeGs voran.

Haser (CDU): Der Neu- und Ausbau der Wärmenetze und die kommunale Wärmeplanung sind wichtige Instrumente, denen rasch Taten folgen müssen. Wir wollen außerdem das Erneuerbare-Wärme-Gesetz weiterentwickeln, damit es kein Hemmschuh, sondern ein Investitionsanreiz wird. Unser Ziel ist es, die Technologieführerschaft bei der Implementierung von Smart-Grid und Smart-Metering, der Vernetzung und Steuerung von Wärme-Erzeugern, Wärmespeichern, Verbrauchern und Verteilnetzen in Deutschland und Europa zu erreichen. Gas- und Wasserstoffnetze sowie in ländlichen Räumen auch landwirtschaftlich basierte Energieerzeugung komplettieren den Wärmemix der Zukunft.

»Trotz ökologischer Alternativen im Wärmesektor wird man auch hier an der Kernkraft kaum vorbeikommen.«

Dr. Bernd Grimmer,
AfD



Grimmer (AfD): Bislang hatte man nahezu ausschließlich den Stromsektor im Blick. Der Wärmesektor blieb außen vor. Im Jahre 2018 lag laut BMWi der Endenergieverbrauch in Deutschland bei rund 2.500 TWh. Der Beitrag der Erneuerbaren belief sich auf 180 TWh, also gerade sie-

ben Prozent. Trotz ökologischer Alternativen im Wärmesektor wird man auch hier an der Kernkraft kaum vorbeikommen.

Gruber (SPD): Ausbau Wärmenetze mit hohem Anteil an regenerativen Energien bzw. der Perspektive auf regenerative Energien umzusteigen, Intensivierung der Gebäudesanierung, ergänzend: Mit vernünftigen Heizungen für freiwillige Verbraucheränderungen werben.

Karrais (FDP): Im Gebäudesektor können Blockheizkraftwerke, Brennstoffzellenheizungen, Solarthermie oder Wärmepumpen einen sinnvollen Beitrag leisten. Die Kraft-Wärme-Kopplung bietet in Verbindung mit Nah- und Fernwärmenetzen große Chancen. Sie muss sich aber durch Wirtschaftlichkeit durchsetzen und nicht durch kommunale Anschlusszwänge für leitungsgebundene Wärmeversorgung in der Gemeindeordnung.

Gasförmige Energieträger spielen heute eine große Rolle bei der Energieversorgung. Eine Möglichkeit für die Zukunft ist klimaneutral gewonnener Wasserstoff. Welche Potentiale sehen Sie hier in Baden-Württemberg?

Niemann (Grüne): Für die Energiewende ist auch grüner Wasserstoff notwendig, vor allem in der Industrie und im Schwerlastverkehr. Das Land ist im Rahmen der Wasserstoff-Roadmap mit Förderprogrammen und Demonstrationsvorhaben sehr aktiv. Baden-Württemberg soll zum wichtigsten Standort für Wasserstoff-Technologien werden. Die Wasserstoffnutzung muss mit einem massiven Ausbau der Erneuerbaren einhergehen.

Haser (CDU): Wir müssen uns ehrlich machen: In Baden-Württemberg hergestellter grüner Wasserstoff wird auf lange Sicht international nicht wettbewerbsfähig sein. Und die Kapazitäten werden nie so ausgebaut werden können, dass die Primärenergie gänzlich hier produziert wird. Aber: Wir können dazu beitragen, dass Primärenergie, die bislang aus dem Boden kommt – ob gasförmig, flüssig oder fest – künftig in anderen Regionen der Welt zu wettbewerbsfähigen Preisen hergestellt werden kann. Baden-Württemberg ist im Anlagen- und Maschinenbau stark. Unser Ziel muss sein, die Wasserstofftechnologie weltweit zu exportieren und dadurch grünen Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen importieren zu können. Die Unternehmensberatung Roland Berger beziffert das Umsatzpotenzial der Branche auf neun Milliarden Euro bis zum Jahr 2030! Die jüngst im Kabinett verabschiedete Roadmap Wasserstoff gibt die Strategie vor, wie der Standort Baden-Württemberg im entstehenden Weltmarkt für Wasserstoff- und Brennstoffzellen eine führende Rolle einnehmen kann.

Grimmer (AfD): Inzwischen scheint man zu realisieren, dass die Energiewende zu scheitern droht, und sucht händeringend nach Auswegen.

Mitte letzten Jahres lancierten EU und Bund eilig eine Wasserstoff-Strategie. Jetzt hat auch die Landesregierung nachgezogen. Wasserstoff ist ein interessanter sektorübergreifender Universal Energieträger. Problematisch sind der extrem schlechte Wirkungsgrad und fehlender Ökostrom, um grünen Wasserstoff in nennenswerter Menge herzustellen, sollen Landschaften und Küsten nicht völlig zerstört werden. Auch hier wäre die klimafreundliche Kernkraft eine Option.

Gruber (SPD): Grüner Wasserstoff wird eine Säule der Energieversorgung sein und einen wichtigen Beitrag leisten zur Sektorenkopplung. Darüber hinaus ist mir wichtig, dass in Baden-Württemberg Technologien für Zukunftsmärkte entwickelt werden, die Arbeitsplätze schaffen und sichern.

Karrais (FDP): Wasserstoff ist die Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Die baden-württembergische Unternehmens- und Forschungslandschaft im Bereich der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie bietet herausragende Potenziale in Industrie, Mobilität, Gebäude, Stromerzeugung, Wasserstoffherzeugung, -verteilung, -speicherung und in den sektorenübergreifenden Bereichen. Diese Potenziale müssen wir jetzt heben. Wir müssen neue Energiepartnerschaften gewinnen, um einen echten europäischen Energiebinnenmarkt für regenerativ erzeugten Wasserstoff zu begründen.

»Grüner Wasserstoff wird eine Säule der Energieversorgung sein und einen wichtigen Beitrag leisten zur Sektorenkopplung.«

Gernot Gruber,
Sprecher für Energie- und
Klimapolitik der SPD



Die Netzinfrastruktur ist das Rückgrat der Energieversorgung. Wie wollen Sie Investitionsanreize für die Zukunftsaufgaben (volatile Stromerzeugung und Lasten, Wasserstoff, etc.) setzen?

Niemann (Grüne): Für die Digitalisierung der Energiewirtschaft möchten wir einen verlässlichen und fairen Rahmen für alle Flexibilitätsoptionen schaffen, insbesondere für ein aktives Lastmanagement. Ihre Entwicklung und Anwendung fördern wir mit Forschungsprojekten und Demons-

trationsvorhaben. Sehr erfolgreich fördert das Land bereits den Einsatz netzdienlicher Photovoltaikspeicher.

Haser (CDU): Der Bund hat mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus die Rahmenbedingungen bereits verbessert. Es trägt dazu bei, den Ausbau zu beschleunigen. Zu prüfen, wie die Netzentgeltssystematik neu strukturiert werden kann, wäre auch kein Fehler. Wir müssen sicherstellen, dass die Investitionsfähigkeit der Netzbetreiber erhalten bleibt. Die Sektorenkopplung wird weitere Herausforderungen für die Strom- und Gasnetze mit sich bringen.

Grimmer (AfD): Die Energiewende hängt am Subventionstropf, auch was den Netzausbau betrifft. Im rauen Wind des Marktes wäre sie längst gescheitert. Es ist nicht Aufgabe des Staates, genehme Technologien zu begünstigen und Investoren mit „Anreizen“ zu ködern. Allein die Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Mechanismen und die Beschränkung auf zentrale ordnungspolitische Maßgaben (gerne auch ökologische) wird zu wirtschaftlich vertretbaren Lösungen führen.

Gruber (SPD): Mischung zwischen Normen/Vorgaben/Förderung von Investitionen und marktwirtschaftlichen Anreizen.

Karrais (FDP): Wir wollen das Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen, den europäischen Energiebinnenmarkt vollenden und den Emissionshandel als Leitinstrument zur Sicherung des Klimaschutzes ausweiten. Wir brauchen offene Leistungsmärkte statt planwirtschaftlicher Kapazitätsmärkte und marktwirtschaftliche Anreize bei der Energieeffizienz statt energiepolitischer Bevormundung.

Die Wasserversorgung der Zukunft wird aufgrund des Klimawandels vor neue Herausforderungen gestellt werden. Mit welchen Verbesserungen können wir die sichere Wasserversorgung in unserem Land gewährleisten?

Niemann (Grüne): Mit dem Masterplan Wasserversorgung erstellen wir derzeit ein Konzept für eine resiliente und zukunftsfähige Wasserversorgung im Land. Oberstes Ziel ist es dabei, langfristig den Zugang zu sauberem Trinkwasser in ausreichender Menge zu sichern. Darüber hinaus wollen wir verstärkt Gewässerentwicklungsmaßnahmen umsetzen und das Thema wassersensible Stadtentwicklung vorantreiben.

Haser (CDU): Als Konsequenz aus dem trockenen Sommer 2018 haben wir den Masterplan Wasserversorgung angestoßen. Bis 2025 werden dazu mit großem Aufwand kommunenscharf Daten erhoben. Sobald die digitale Wasserkarte vorliegt und wir die Defizite bei der Wasserversorgung besser erkennen, wird es an die Umsetzung notwendiger Maßnahmen mit Fördermitteln des Landes gehen.

Grimmer (AfD): Fast überall werden rückläufige Grundwasserstände und Quellschüttungen gemessen. Fast die Hälfte aller Versorgungsgebiete weisen einen Ersatzversorgungsgrad von Null auf, haben also kein weiteres Standbein für ihre Wasserversorgung. Hier muss angesetzt werden. Sollte sich an den derzeit vorherrschenden klimatischen Verhältnissen auch in Zukunft nichts ändern, werden wir notgedrungen den Mangel verwalten müssen.

Gruber (SPD): Die vorhandenen Versorgungsstrukturen und die Verbände stärken. Gebiete mit Reservoir an Wasser entsprechend stärken durch Wasserschutzgebiete bzw. dem Verbot des Einsatzes von Pestiziden. Rückhaltebecken einsetzen, nicht nur für den Hochwasserschutz, auch für die Versorgung der Landwirtschaft. Ferner naturnahe Landwirtschaft stärken, deren Böden mehr Wasser speichern können. Zisternen im Privatgebäudebestand muss der Standard werden.

Karrais (FDP): Die Wasserinfrastruktur muss aktuellen und künftigen Anforderungen angepasst werden. Wir müssen Netze erneuern und ausbauen, um auch den Anlagewert für die Kom-

munen zu erhalten. Eine sichere Wasserversorgung ist elementar für die Daseinsvorsorge. Wir brauchen klare Regelungen der Zuständigkeiten in der Wasserversorgung und somit eine Blaupause für das koordinierte Zusammenwirken von Fernwasserversorgern, Wasserversorgungsverbänden und Kommunen.

»Die Wasserinfrastruktur muss aktuellen und künftigen Anforderungen angepasst werden.«

Daniel Karrais MdL,
energiepolitischer Sprecher
der FDP/DVP



Freie
Demokraten
Baden-
Württemberg **FDP**

Blick aus dem Landtag



Foto: RaBoe/Wikipedia, CC BY-SA 3.0

Wie werden wir als Branche von den Abgeordneten wahrgenommen? Mit dieser Frage haben wir uns in letzter Zeit intensiv beschäftigt. 143 Abgeordnete von fünf Parteien vertreten die Menschen in Baden-Württemberg derzeit im Landtag. Wir haben die Wahlprogramme der Parteien analysiert. Augenscheinlich ist, dass Energieversorgung und -wende fast durch alle Parteien hinweg nicht mehr als eigenständige Themen gesehen werden, sondern eingeordnet werden in die Themenfelder Klimaschutz, Ökologie und Ökonomie. Auch die Wasserversorgung wird weniger isoliert wahrgenommen, sondern in andere Felder, wie z.B. Landwirtschaft eingeordnet. Dies macht eine Veränderung in der Wahrnehmung in den vergangenen Jahren deutlich. Es zeigt, wie viele Lebensbereiche von unseren Themen mittlerweile durchdrungen sind. Dass kaum ein Bereich mehr ohne unsere Themen denkbar ist. Wir finden, eine gute Entwicklung.

Unsere Analyse finden Mitglieder im internen Bereich der Homepage, Nichtmitglieder erhalten diese auf Anfrage von der Geschäftsstelle.